



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

11. Oktober 2024

11. Oktober 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>
www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Gedenken und Debatte „Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel“

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimat

Franke tritt nicht mehr an

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

mein Entschluss, mich aus der Politik zurückzuziehen und nicht mehr zur nächsten Wahl des Deutschen Bundestages als Wahlkreiskandidat anzutreten, entsprang reiflichen Überlegungen. Mit Beginn der nächsten Legislaturperiode werde ich 66 Jahre alt sein. Das bedeutet für mich: 50 Jahre Mitgliedschaft und ehrenamtliches Engagement in der SPD sowie 26 Jahre hauptamtliche Politik. Das ist ein langer Zeitraum, und ich glaube, es ist nun der richtige Moment für mich gekommen, Verantwortung weiterzugeben.



Wenn man solch ein langes Lebenskapitel beendet, fragt sich jeder nach dem Sinn allen Handelns und tun. Mit dem Zitat von Vaclav Havel (siehe Bild), möchte ich deutlich machen, dass mir immer bedeutend war, auch in schwierigen Zeiten standhaft zu bleiben. Das Leben hat einen Sinn, unabhängig davon, wie die einzelnen Ereignisse verlaufen, denn alles hat seinen Platz im großen Ganzen.

Nun möchte ich nicht zu philosophisch werden, denn es stehen noch viele Herausforderungen in der laufenden Wahlperiode an, die wir meistern wollen. Wir Sozialdemokraten stehen dabei für Sicherheit und Fortschritt. Das bedeutet Sicherung des Industriestandortes Deutschland und Sicherung des Wohlstands für alle. Wir werden dafür sorgen, dass die Rente stabil und sicher bleibt. Wir werden uns für Industriehilfen einsetzen und weiter für den Erhalt guter Arbeit eintreten.

Ich freue mich, im nächsten Jahr – gemeinsam mit Euch – noch einiges politisch bewegen zu können.

Euer und Ihr



Gedenken und Debatte „Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel“

Am 7. Oktober 2023 haben Hamas-Terroristen Israel angegriffen, mehr als 1.200 Menschen ermordet und viele Menschen als Geiseln genommen. Im Plenum des Bundestags erinnerte der Deutsche Bundestag an diesen schrecklichen Terroranschlag und gedachte der Opfer.



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) betonte in ihrer Rede: Die Gräueltaten waren für Israel der schlimmste Anschlag in seiner Geschichte. Das Land habe das Recht, sich selbst zu verteidigen. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sei für uns nicht verhandelbar.

Zugleich bringe der Krieg in Gaza und im Libanon unvorstellbares Leid für die Bevölkerung. Deshalb müssen wir alles dafür

tun, damit es zügig zu einem Waffenstillstand, zur Freilassung der Geiseln und perspektivisch zu Frieden in Nahost kommt.

In der Debatte hatten Vertreter der Unionsparteien der Bundesregierung mangelnde Unterstützung Israels vorgeworfen und sich dabei ausdrücklich auf Waffenlieferungen bezogen. Friedrich Merz (CDU) hatte dann die Regierung angegriffen, die Bundesregierung habe Israel Waffen verweigert. Merz sprach davon, dass Exportgenehmigungen zum Beispiel von Munition und sogar für die Lieferung von Ersatzteilen für Panzer seit Wochen verweigert würden. Daraufhin ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich ans Rednerpult gegangen und hat das zurückgewiesen.

Nach der Kurzintervention von Merz hatte dann „der Abgeordnete Scholz“ von den Bundestagsbänken geantwortet. Der Bundeskanzler kündigte an, dass Deutschland Israel weiter Waffen liefern wird: "Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern", stellte Scholz vor den Abgeordneten klar. Die Bundesregierung habe Entscheidungen getroffen, die sicherstellen, dass es weitere Lieferungen geben wird".



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Bundesverfassungsgericht schützen

Das Bundesverfassungsgericht ist für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar geworden. In dieser Woche haben wir in erster Lesung den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf behandelt, mit dem die Handlungsfähigkeit des höchsten Gerichts im Grundgesetz gegen Angriffe antidemokratischer und illiberaler Kräfte, wie sie in Polen oder Ungarn schon erfolgt sind, abgesichert wird.

Wir wollen die grundlegenden Strukturen des Bundesverfassungsgerichts, die bislang nur einfachgesetzlich geregelt sind, in das Grundgesetz aufnehmen, damit diese nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden können. Dabei handelt es sich um den Status des Gerichts, die Amtszeit der Richter:innen (12 Jahre) und ihre Altersgrenze (68 Jahre), den Aufbau mit zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richter, Ausschluss der Wiederwahl nach 12 Amtsjahren, die Fortführung der Amtsgeschäfte bis zur Wahl der Nachfolge, die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts und die Geschäftsordnungsautonomie.

Darüber hinaus schaffen wir im Grundgesetz eine Öffnungsklausel für den Fall, dass bei der Wahl in einem Wahlgremium (Bundestag bzw. Bundesrat) keine Mehrheit für einen Kandidaten zustande kommt. Wir regeln in einem Gesetz, dass das Wahlrecht im Falle einer Blockade in einem Wahlorgan nach einer bestimmten Frist vom anderen Wahlorgan ausgeübt werden kann.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) lobte die konstruktiven Verhandlungen zwischen Ampel und CDU/CSU zu dem Projekt. Er sprach von "Parlamentarismus in seiner besten Form". In Polen und Ungarn habe sich gezeigt, wie Feinde der Demokratie eine Parlamentsmehrheit für die Einflussnahme auf das Verfassungsgericht missbrauchen könnten, sagte SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. Dazu passend hat sich einzig die AfD gegen die von Ampel und Union vorgelegten Pläne ausgesprochen, mit denen die Unabhängigkeit und die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) gesichert werden sollen.





Notfallversorgung - Akut- und Notfälle effizienter versorgen

In erster Lesung wurde der Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung beraten. Grundsätzlich verfügt Deutschland über eine funktionierende Akut- und Notfallversorgung sowie über ein gut aufgestelltes Rettungswesen. Das Ziel des Gesetzes ist, dass sich die einzelnen Stellen besser vernetzt und die Patientensteuerung effizienter wird.

In medizinischen Notfällen ist schnelle Hilfe entscheidend. In Krankenhäusern sind Notaufnahmen oft überlastet, weil sie auch Hilfesuchende mit akuten Beschwerden versorgen, die kein Notfall sind. In vielen Fällen wäre diesen Personen durch ein Arztgespräch, die Einnahme von Medikamenten oder die Vermittlung eines Praxistermins geholfen.

Der Entwurf sieht vor, künftig sogenannte „Integrierte Notfallzentren“ (INZ) an Kliniken einzurichten, die über solche Fälle entscheiden und Hilfe anbieten. Hilfesuchende sollen dort außerhalb der Sprechzeiten von Arztpraxen – also etwa abends, am Wochenende oder an Feiertagen – eine medizinische Erstversorgung, Medikamente oder eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung erhalten.

Für Kinder und Jugendliche wird es spezielle Zentren an ausgewählten Orten geben. Dadurch werden die Notaufnahmen deutlich entlastet, was mehr Zeit und Kapazitäten für lebensbedrohliche Notfälle bedeutet.

Bevor ein Integriertes Notfallzentrum aufgesucht wird, sollen sich Patienten telefonisch vom bereits bestehenden Patientenservice unter der Rufnummer 116117 beraten lassen. Diese Nummer gilt bundesweit, ist rund um die Uhr erreichbar und bietet Beratung per Telefon oder Video bei Beschwerden, die keinen Notfall darstellen (hierfür ist der Notruf unter 112 vorgesehen).

Über den Patientenservice werden auch Hausarzt- und bestimmte Facharzttermine vermittelt. Der Gesetzentwurf sieht vor, Patientenservice und Notruf digital zu vernetzen, um Akut- und Notfälle besser zu koordinieren und wechselseitig übermitteln zu können. Zudem sollen Beratung und Terminvermittlung beim Patientenservice künftig getrennt werden, damit mehr Kapazitäten für ärztliche Beratung zur Verfügung stehen.



Gesundheitspolitik

Durchbruch bei der Krankenhausreform

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Regierungsfractionen auf die finale Fassung der Krankenhausreform geeinigt.

Dazu erklärte Bundesgesundheitsminister Prof. Lauterbach: „Von den Grundzügen der Reform machen wir keine Abstriche. Wir halten unser Qualitätsversprechen und haben sinnvolle Anregungen, insbesondere zur ambulanten Facharztversorgung in ländlichen Gebieten und der Kinderbehandlung, aufgenommen“.

Die Krankenhausreform soll nach seinen Angaben am Donnerstag oder Freitag kommender Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Der Bundesrat soll sich dann voraussichtlich im November mit der Reform befassen, sodass sie noch in diesem Jahr verabschiedet werden könnte.

Die Krankenhausreform sei ein starkes Signal für die Zukunft der stationären Versorgung in Deutschland. Doppelstrukturen würden abgebaut, überflüssige Bettenkapazitäten reduziert, und die Spezialversorgung konzentrierte sich an ausgewählten Standorten. Den Bundesländern wird mehr Spielraum gegeben, ihre Krankenhauslandschaft effizienter zu steuern und Kosten zu senken. Klare Qualitätsvorgaben und der Abbau des ökonomischen Drucks schaffen die Grundlage für ein nachhaltiges Gesundheitssystem, das die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt stellt.

Im Kern sieht die Reform eine grundlegende Veränderung der Krankenhauslandschaft vor. Krankenhäuser sollen sich künftig stärker spezialisieren, um eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung zu bieten. Gleichzeitig wird das System der Fallpauschalen durch sogenannte Vorhaltepauschalen ersetzt. Die Häuser werden dafür bezahlt, Behandlungskapazitäten bereitzuhalten, anstatt wie zuvor mit einer Pauschale pro Eingriff. Insbesondere Krankenhäuser in ländlichen Regionen wird das finanziell entlasten.

**Wir sorgen
für mehr Qualität in
Krankenhäusern!**

SPD Fraktion im
Bundestag



Parlamentarischer Abend des Geschäftsbereiches Medizintechnik der Carl Zeiss AG

Zu den Reformvorhaben im Gesundheitssystem äußerte sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister, Dr. Edgar Franke, mit einem Redebeitrag.

Das Plenum in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) war gut und hochkarätig besetzt.

Mit den Reformvorhaben müsse erreicht werden, so Edgar Franke in seiner Rede, dass das Gesundheitssystem mit weniger Ressourcen mehr leistet. Das System müsse effektiver werden, aber gleichzeitig an Qualität dazugewinnen, stellt Franke gleich zu Beginn seiner Rede klar.

Wie die Herausforderung begegnet werden soll, machte er an drei Punkten fest. Die Sektorengrenzen seien weiter aufbrechen. Genau darum ginge es aktuell auch im Gesundheits-versorgungsstärkungsgesetz (GVSG) und im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz.

In den parlamentarischen Beratungen dazu ginge es auch um die Frage, welche heilkundlichen Maßnahmen zukünftig im Rahmen von Hybrid-DRG erbracht werden können.



Ein weiterer adressierter Punkt in den Gesetzesvorhaben sei die Frage, wer Leistungen erbringen darf. Konkret ginge es darum, inwiefern auch rendite-gesteuerte Kapitalinvestoren Medizinische Versorgungszentren (MVZ) übernehmen dürfen.

Inwiefern durch eine Renditeorientierung Gefahr für die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der





Versorgung besteht, würde sehr genau beobachtet. Gerade aus diesem Grund sei es dem Bundesgesundheitsminister besonders wichtig, dass es nicht zu einer Konzentration investorenbetriebener MVZ komme.

Die Entbürokratisierung der Präqualifizierung würde im Bürokratieentlastungsgesetz behandelt. Die Präqualifizierung ist die vorgelagerte, vertragsunabhängige Prüfung der Eignung der Leistungserbringer in der Hilfsmittelversorgung nach festgelegten Kriterien.



Im Gespräch mit dem
Vorstandsvorsitzenden Dr.
Markus Weber der Carl Zeiss
Meditec AG

Dazu gehören die ausreichende, zweckmäßige und funktionsgerechte Herstellung, Abgabe und Anpassung der Hilfsmittel. Die beiden Betriebsbegehungen während der fünfjährigen Gültigkeit des Präqualifizierungszertifikats sollten nun abgeschafft werden.

Im Gespräch ging Franke auf die Augenheilkunde ein. Gerade in der Augenheilkunde spiele Prävention durch frühzeitiges Untersuchen eine große Rolle. Wir bräuchten niederschwellige Angebote und die gäbe es. Das Untersuchen von Augenhintergrund und das Messen des Augeninnendrucks gehe auch beim Optiker, ohne große Wartezeiten. Viele Erblindungen seien zudem vermeidbar.

Prävention sei hier der wichtige Schlüssel.

Hintergrund

Die Carl Zeiss AG ist vor allem im Bereich der Augenheilkunde tätig. Dieser Bereich der Gesundheitsversorgung ist besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Das liegt am medizinischen Fortschritt und einer älter werdenden Gesellschaft.



Berichterstattergespräche zur Krankenhausreform



Regelmäßig tauscht sich Edgar Franke mit **Heike Behrens** aus. Sie ist seit 2013 im Deutschen Bundestag und Mitglied im Gesundheitsausschuss. Seit 2021 ist sie die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD- Bundestagsfraktion.

Das Bild entstand bei den Berichterstattergesprächen in dieser Woche zur geplanten Krankenhausreform, genauer zum Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG).

Beide haben auch in einer Videokonferenz mit allen SPD-Sprechern für Gesundheitspolitik der Landtagsfraktionen sich über die Themen Pflege, Long-Covid, Auswirkungen der Krankenhausreform und der Reform der Notfallversorgung für die Bundesländer ausgetauscht.

Entwurf vom 17.09.24 – SPD-BTF - Tel: 030 227 51093



Videokonferenz

der Sprecher*innen für Gesundheitspolitik
der SPD-Fraktion(en)
des Bundestages, des Abgeordnetenhauses,
der Bürgerschaften und Landtage
sowie der SPD-Abgeordneten im EP

am **Mittwoch, 02.10.2024**
10:00 Uhr bis 16:00 Uhr

TAGESORDNUNG

(Stand: 12.09.2024)

10:00 – 10:15 Uhr

TOP 1

Begrüßung durch Florian Schäfer, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Saarländischen Landtag

Grußwort von Dr. Magnus Jung, Gesundheitsminister im Saarland



Unternehmen Sanofi plant den Bau einer hochmodernen Insulin-Anlage in Frankfurt

Das Unternehmen Sanofi plant den Bau einer hochmodernen Insulin-Anlage an seinem Standort in Frankfurt und investiert dafür bis zum Jahr 2029 etwa 1,3 Milliarden Euro. Das Werk wird höchsten Qualitäts- und Automatisierungs- sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards entsprechen. Ermöglicht wird die Investition durch die Unterstützung der Bundesregierung, auch der hessischen Landesregierung sowie der Stadt Frankfurt. Diese Investition sichert langfristig Arbeitsplätze in Hessen.

Gute Teamarbeit, denn zu verdanken ist das auch dem intensiven Einsatz des Hessischen Wirtschaftsministers, Kaweh Mansoori, des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesgesundheitsminister, Dr. Edgar Franke, der Bundestagsabgeordneten vor Ort, Armand Zorn und Dagmar Schmidt sowie des Frankfurter Oberbürgermeisters, Mike Josef (alle SPD).



Schon bei seine Gesundheitstour im Februar des Jahres besuchte Edgar Franke gemeinsam mit seiner MdB-Kollegin und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Schmidt, Sanofi im Industriepark Höchst in Frankfurt.

Diese Investitionsentscheidung zeigt, dass eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik wirkt. Mit der SPD in der Regierung - im Schulterschluss von Stadt, Land und

Bund - werden die Weichen auf Wachstum, Wohlstand und Zukunftssicherung gestellt als Grundsteine für einen starken Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit.

GUTE NACHRICHTEN:

**MILLIARDEN-
INVESTITION
VON SANOFI
IN HESSEN!**

**» Unsere aktive Wirtschafts-
und Industriepolitik wirkt!**



Aus Wahlkreis und Heimat



„Ein Landkreis denkt an morgen“, so lautet der Titel eines ca. 30 Minuten langen Filmes aus dem Jahre 1968. Den im Auftrag des damaligen Kreisausschusses Fritzlar-Homberg entstanden Film hat die SPD Schwalm-Eder in ihrem Archiv gefunden und aus Anlass ihres 50-jährigen Jubiläums digitalisieren lassen.

Gemeinsam mit dem amtierenden Unterbezirksvorsitzenden Philipp Rotwilm, seinem Vorgänger Edgar Franke und allen weiteren ehemaligen Unterbezirksvorsitzenden wurde der Film „Ein Landkreis denkt an morgen“

aus dem Jahr 1968 im Hardehäuser Hof in Fritzlar geschaut. Im Anschluss schwelgten alle in Erinnerungen. Viele Anekdoten gab es über den damaligen Landrat August Franke.

Der Film aus dem Archiv der SPD Schwalm-Eder: „Ein Landkreis denkt an morgen“, der 1968 vom Kreisausschuss Fritzlar-Homberg veröffentlicht wurde, kann auch für zu Hause gekauft werden:

Für Selbstabholer beträgt der Kostenbeitrag 5,00 EUR, bei Versand per Post 6,50 EUR berechnet. Bei Interesse melden Sie sich bitte in der Geschäftsstelle in Borken (Hessen), Bahnhofstraße 26c, Telefon: 0 56 82 – 37 63 oder per eMail: mail@spdschwalmeder.de





Gründung einer Bürgerstiftung in Michelsberg

In Bürgerstiftungen stiften Menschen einer Stadt, eines Stadtteils oder einer Region gemeinsam. Aber nicht unbedingt Geld, sondern Zeit und Ideen bringen die Bürgerstifterinnen und Bürgerstifter ein. Eine derartige Stiftung wurde in Michelsberg gegründet.

Beim öffentlichen Kickoff der neu gegründeten Bürgerstiftung mit dem Projekt „Drehscheibe Michelsberg“ traf Edgar Franke alte Bekannte. So Alea Henss, die Tochter seines verstorbenen Freundes Biele Emmenberger und Delia Henss, eine der Köpfe des Projekts.



Die **10. Klasse der Ursulinschule in Fritzlar** hat mich

im Deutschen Bundestag in Berlin besucht. Das Bild entstand im Eingangsbereich des Paul-Löbe-Hauses. Hier befindet sich auch das Abgeordnetenbüro von Edgar Franke.





Franke tritt nicht mehr an

In dieser Woche hat Edgar Franke nach vielen Jahren ehrenamtlicher und hauptamtlicher politischer Arbeit seinen Rückzug aus der aktiven Politik zum Ende der Bundestagslegislatur in 2025 angekündigt.

Die SPD Schwalm-Eder brachte ihren Dank mit einem Sharepic zum Ausdruck gebracht und so formuliert:

„Als direkt gewählter Abgeordneter hat er (Edgar Franke, die Red.) seit 2009 stets das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger im Schwalm-Eder-Kreis und darüber hinaus genossen. Er setzte sich mit unermüdlichem Einsatz für die Belange der Menschen ein.

Wir danken Edgar von ganzem Herzen für seine langjährige, engagierte Arbeit im Bundestag. Er hat die Interessen unserer Region in Berlin mit viel

Herzblut vertreten und in seiner Zeit als Abgeordneter viele wichtige politische Themen mitgeprägt, zuletzt als Parlamentarischer Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Der Kontakt zu den Menschen, Vereinen, Verbänden und den Feuerwehren war ihm in all den Jahren stets besonders wichtig.

Nachdem Edgar Franke bereits einen Generationenwechsel in der Führung der SPD-Schwalm-Eder eingeleitet hat, stellt sich die Partei mit ihren 3500 Mitgliedern nun auf um den Staffelstab weiterzugeben. Unser Ziel bleibt klar: Mit einer starken Stimme in Berlin die Anliegen der Menschen im Schwalm-Eder-Kreis weiterhin kraftvoll vertreten.

Danke, Edgar, für deinen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse! Wir wünschen dir für die Zukunft nur das Beste.“

Die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine hat am 08. Oktober 2024 darüber berichtet:





„Es ist der richtige Moment“

Bundestagsabgeordneter Edgar Franke (SPD) kündigt Rückzug aus Politik an

VON MAJA YÜCE

Gudensberg/Berlin – Er hatte es bereits angekündigt, nun lässt er seinen Worten Taten folgen: Seit 2009 ist Dr. Edgar Franke SPD-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenber

– Mit Beginn der nächsten Legislaturperiode wird sich Franke aus dem politischen Geschäft zurückziehen. Das kündigte er gestern in einem sehr persönlichen Brief an die SPD-Mitglieder an. „Mit Beginn der nächsten Legislaturperiode werde ich 66 Jahre alt sein. Das bedeutet für mich: 50 Jahre Mitgliedschaft und ehrenamtliches Engagement in der SPD sowie 26 Jahre hauptamtliche Politik. Das ist ein langer Zeitraum, und ich glaube, es ist nun der richtige Moment für mich gekommen, Verantwortung weiterzugeben“, so Franke.

„Es war und ist für mich eine große Ehre, dieses Mandat ausüben zu dürfen. Ich habe von klein auf gelernt, dass man nicht vergessen darf, für wen man Politik macht und woher man kommt.“

Edgar Franke

Der Gudensberger gewann viermal direkt den Wahlkreis mit jeweils rund 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. „Wir hatten zuletzt sogar das zweitbeste Erststimmenergebnis parteiübergreifend in Hessen“, betont er.

Er habe seine Arbeit immer mit vollem Einsatz und mit viel Leidenschaft ausgefüllt. „Dabei ist leider meine Familie manchmal zu kurz gekommen. Aber rückblickend war es mir immer eine große Freude, mit den Menschen bei uns im Wahlkreis in Kontakt zu treten – nicht nur mit den Mitgliedern der SPD in den Ortsvereinen, sondern auch mit den Menschen aus Wirtschaft, Handwerk, aus



Sein Arbeitsplatz ist zwar noch überwiegend in Berlin, doch sein Herz schlägt für Nordhessen: Dr. Edgar Franke aus Gudensberg kündigt seinen Rückzug aus der Politik an.

FOTO: BARBARA SCHNEIDERH

den Vereinen und Verbänden und der Feuerwehr“, ergänzt er. Ihm sei es in seiner politischen Arbeit immer darum gegangen, ganz konkret Politik für die Menschen zu machen.

Anfang der 1990er-Jahre hat Franke eine Hochschule als Gründungsrektor in Bad Hersfeld aufgebaut, mit der er noch in vielfältiger Weise, auch als Kommentator im Sozialrecht, in Verbindung steht.

1999 wurde er zum Bürgermeister der Stadt Gudensberg gewählt. „Es freut mich, dass die Stadt sich so gut infrastrukturell, auch mit einem tollen Kulturprogramm entwickelt hat. Wir hatten auch nachhaltig gewirtschaftet, sodass ich die Stadt mit 6 Mio. Rücklagen an meinen Nachfolger übergeben konnte“, so Franke weiter. Im Bundestag übernahm Franke

HINTERGRUND

Wahl des 21. Deutschen Bundestages

Nächstes Jahr endet die Legislaturperiode des 20. Bundestages. Dann wird das Parlament neu gewählt. Am 28. September 2025 wird der 21. Deutsche Bundestag gewählt – das wichtigste legislative Organ der Bundesrepublik. Dabei wird auch entschieden, ob die bisherige Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP unter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Amt bleibt oder sich eine neue Regierungskoalition bildet.

may

schnell wichtige Aufgaben. So war er unter anderem Ausschussvorsitzender für Gesundheit und als Opferbeauftragter der Bundesregierung im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Dort war er vor allem für die Opfer der schweren Anschläge in Halle, Hanau und Berlin zuständig.

Seit 2021 ist er zusätzlich zu seiner Abgeordnetentätigkeit als Parlamentarischer

Staatssekretär bei Prof. Karl Lauterbach im Bundesministerium für Gesundheit tätig, mit dem er bereits seit 2009 im Gesundheitsbereich eng zusammenarbeitet.

„In dieser Legislaturperiode arbeite ich fast rund um die Uhr im Bundesministerium für Gesundheit, weil so viele wichtige Gesetzesvorhaben anstanden und noch immer anstehen – von der Sicherung der flächendecken-

den Versorgung mit Haus- und Fachärzten, über gute Pflege bis hin zur dringenden notwendigen Krankenhausreform. Deshalb ist es mir in dieser Legislaturperiode auch nicht immer gelungen, jeden Termin in meinem Wahlkreis wahrzunehmen“, erklärt Franke.

Vor drei Jahren hatte Franke bereits den Parteivorsitz im Unterbezirk abgegeben. Nun wolle er Platz für die jüngere Generation machen: „Es war und ist für mich eine große Ehre, dieses Mandat ausüben zu dürfen. Ich habe von klein auf gelernt, dass man nicht vergessen darf, für wen man Politik macht und woher man kommt“, sagt Franke. Willy Brandt habe einmal zu Recht gesagt: „Wir sind gewählt und nicht auserwählt.“ Er bedanke sich von Herzen bei allen, die ihn unterstützt haben.



Bilder der Woche

Die SPD-Landesgruppe Hessen ist der Zusammenschluss der 15 hessischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion. Sie bildet die Brücke zwischen Land und Bund und tagt jeden Montag in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in den Räumen der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

Regelmäßig werden Gäste zum Austausch eingeladen. Diese Woche war in der Landesgruppensitzung der Intendant des



hessischen Rundfunks, **Florian Hager**, zu Gast (Bild rechts).

Bild links: Unser hessischer Landesvorsitzender **Sören Bartol**.

Bild unten: Die Landesgruppensitzung leitete **Martin Rabanus** (neben Florian Hager).





Bundestkanzler Olaf Scholz dankt dem bisherigen Generalsekretär der SPD, **Kevin Kühnert** (im Bild mit dem SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich – links und rechts von Scholz).

Er bedauerte diesen Schritt und dankte ihm im

Rahmen der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion für die vielen Jahre der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Scholz wünschte sich, dass Kevin Kühnert nach seiner Genesung in die Politik zurückkehrt. Er habe gern mit Kühnert zusammengearbeitet.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, unten Schnappschuss Edgar Franke, Seiten 3 Image by [jorono](#) from Pixabay, Seiten 4 und 6 Sharepics der SPD Bundestagsfraktion, Seiten 7. 8 und 9 Edgar Franke, Seite 10 Sharepic der SPD Hessen, unten Edgar Franke, Seite 11 Sharepic und Bild der SPD Schwalm-Eder, Seite 12 beide Edgar Franke, Seite 13 Sharepic der SPD Schwalm-Eder, Seite 14 Ausriss aus der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen vom 08. Oktober 2024, Seiten 15 und 16 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.